

FDP-Fraktion unterstützt den "Fahrplan" des Kämmersers, fordert aber die Bereitschaft zu strukturellen Veränderungen!

"Wenn die Einnahmen sinken, müssen die Aufwendungen gekürzt werden!"

Die FDP-Stadtratsfraktion unterstützt Stadtkämmerer Ulrich Cyprian, der erst im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2015 beabsichtigt, ein neues Haushaltssicherungskonzept zu beschließen. Sie akzeptiert damit einen Nothaushalt auch im kommenden Jahr.

- "Das Haushaltssicherungskonzept, das von der Ratsmehrheit von CDU, FDP und UWG zusammen mit dem Doppelhaushalt 2013/14 beschlossen wurde, ist Makulatur. Ebenso Makulatur ist aber das Haushaltssicherungskonzept, das die Verwaltung ursprünglich vorgeschlagen hatte und das Erhöhungen der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B zum Haushaltsausgleich vorsah. Die prognostizierten Defizite der laufenden Verwaltungstätigkeit in 2013 mit 31,5 Mio. Euro und in 2014 mit 27,7 Mio. Euro könnten auch durch diese Steuererhöhungen nicht aufgefangen werden", erklärt FDP-Fraktionsvorsitzender Joachim C. Heitmann. Dies gelte "allein schon" für die Mehraufwendungen für Jugendhilfe, Soziales und Personal.
- Zwischen Verwaltung und Politik, aber auch mit den Bürgern müsse nun "Klartext gesprochen" werden. "Die Personalaufwendungen müssen sinken, also nicht nur keine Wiederbesetzungen, sondern auch keine Neueinstellungen. Bei den freiwilligen Leistungen muss nicht nur auf neue verzichtet werden, sondern auch bestehende müssen reduziert werden. Bei allen vertraglich geregelten Leistungen müssen die Kündigungsmöglichkeiten überprüft werden."

Der Kostendeckungsgrad bei Gebühren, Beiträgen und Entgelten müsse erhöht werden. Dies gelte auch für Kultur- und Sporteinrichtungen, fordert FDP-Fraktionsvorsitzender Joachim C. Heitmann. Für die FDP-Fraktion sind "Strukturveränderungen" unabweisbar und unaufschiebbar, wenn das neue Haushaltssicherungskonzept eine "realistische Chance, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, beinhalten soll". "Wir fordern deshalb erneut, einen Carpool bei den Städtischen Werken einzurichten, die zu Wohnungszwecken genutzten Immobilien der Stadt insgesamt auf die Wohnstätte zu übertragen, die gewerblich genutzten Immobilien auf die städtische Grundstücksgesellschaft. Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung gehören in eine Hand, nämlich die der Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Wo irgend möglich müssen wir Private mit in's Boot nehmen. Wo dies bisher geschehen ist, hat sich dies immer für die Stadt ausgezahlt."